



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

351 (31.7.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-215609](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-215609)

Mannheimer General-Anzeiger

Neue Mannheimer Zeitung Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 10 Pfennig. Die monatlichen Bezüge vorzuzählen. Ab 1. April 1924. Abrechnung der wöchentlichen Postgebühren. Postamtliche Nummer 7799 Karlsruhe. — Druckerei: Die Mannheimer Zeitung. — Druckerei: Die Mannheimer Zeitung. — Druckerei: Die Mannheimer Zeitung.

Anzeigenpreise nach Tarif. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 14 Tage 2,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 30 Tage 3,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 60 Tage 5,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 90 Tage 7,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 120 Tage 9,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 150 Tage 11,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 180 Tage 13,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 210 Tage 15,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 240 Tage 17,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 270 Tage 19,00 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einseitige Zeile für 300 Tage 21,00 Goldmark.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung. Welta u. Schall. Aus Feld und Garten. Wandern u. Reisen

Die letzten Vorschläge der Franzosen

Wieder einmal am toten Punkt

Paris, 30. Juli. (Von unserem Pariser Vertreter.) Im Gegensatz zu den englischen Blättern, die sich immer noch einen heißen Optimismus über eine endgültige Einigung bewahrt haben, stellt die Pariser Presse der Londoner Konferenz wieder einmal ein schlechtes Horoskop aus. Schon die Abgabe der Kommissionsgutachten, die gestern morgen hätten stattfinden sollen, wird als schlechtes Zeichen gedeutet und als ein Merkmal dafür angesehen, wie verworren die allgemeine Lage ist. Man findet es bedenklich, daß nicht einmal die einzelnen Mitglieder der Delegationen die gleiche Ansicht haben und fragt sich, wie unter diesen Umständen eine allgemeine Einigung zustande kommen soll.

Die beiden Vorschläge der französischen Delegation über die militärische Räumung der Ruhr und über die Einsetzung eines Schiedsgerichts für die Fragen der Verletzungen und Sanktionen sind in Pariser politischen Kreisen eine ziemlich günstige Aufnahme. Der erste Vorschlag sieht die militärische Räumung des Ruhrgebietes in 4 Etappen vor. Sie sollen in dem Maße erfolgen, wie die Eisenbahn- und Industrieobligationen untergebracht werden können und spätestens am 15. August 1924 beendet sein. Die Bedenken, die heute in Paris gegen diesen Plan geäußert werden, sind nur geringfügiger Natur. So wird u. a. darauf hingewiesen, daß die militärische Besetzung nach Aufhebung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ruhrgebietes wohl eine ziemlich kostspielige Sache sein und wahrscheinlich selbst zu Lasten Frankreichs fallen werde. Man rechnet auch mit einem heftigen Kampfe gegen die englische Delegation in dieser Sache, besonders, wenn die Engländer auf ihrer Absicht, sich in 5 Monaten zu räumen, beharren. England habe nun aber einmal die Frage aufgerollt und so müsse die Sache ihren Lauf nehmen. Da übrigens Deutschland selbst die Frage auf der Konferenz zur Sprache bringen werde, sei es besser, wenn sich die Alliierten vorher darüber ausgesprochen und eine Einigung zu erreichen suchen.

Der zweite Vorschlag der französischen Delegation über die Verletzungen und Sanktionen sieht gleich wie der Vorschlag von Thiess vor, daß die Reparationskommission zunächst die unerbittliche Ansicht von Experten hören soll. Wenn diese nicht zu einem einstimmigen Beschluß kommen, soll der Internationale Gerichtshof im Haag drei Schiedsrichter ernennen, die souverän entscheiden. Dieses Schiedsgericht werde wohl auch solche Streitigkeiten schlichten, die sich zwischen einer alliierten Regierung und dem Transfer-Komitee ergeben, oder die aus den Naturalleistungen Deutschlands entstehen könnten. Nachdem, was wir bis jetzt aus London hörten, stößt dieser Vorschlag beim englischen Schatzkanzler Snowden auf energischen Widerstand. Beim jetzigen Stand der Dinge in London, so sagt man sich allgemein in Paris, empfehle es sich nicht, einem Vorschlag von vornherein Opposition zu machen, besonders weil er die Möglichkeit bietet, einem Diktat der Finanzleute vorläufig zu entgehen. Man betont aber, daß Frankreich mit dieser Formel an die Grenzen dessen gegangen sei, was es zugestehen könnte. Die Handlungsfreiheit der einzelnen Regierungen und die Rechte der Reparationskommission seien ja praktisch unterdrückt, wenn neben der Reparationskommission zwei Überwachungsorgane bestehen. Aber mit der Annahme dieses französischen Vorschlags, so betont man hier ausdrücklich, stehe und falle die Konferenz.

Herriot würde und könne nicht weiter gehen, wenn diese Formel oder eine ähnliche zurückgewiesen werde, so sei das das Ende der Konferenz. Sogar Herriot selbst soll in London erklärt haben, wenn sein Vorschlag keine Zustimmung finde, so werde er sofort nach Paris zurückkehren und es den anderen Delegationen überlassen, die Interessen Frankreichs zu wahren.

Angesichts der Tatsache, daß auch heute die Konferenz nicht weiter gekommen ist, wurde die

Einladung der deutschen Vertreter wieder hinausgeschoben.

Man gibt hier der Meinung Ausdruck, daß sie frühestens anfangs nächster Woche nach London berufen werden und verfehlt bei dieser Gelegenheit nicht, neuerdings Mahnungen nach London zu schicken, scharf aufzupassen, daß die Deutschen sich streng in den Grenzen halten, in denen ihnen Diskussion zugelassen worden ist. Es sei voranzusehen, daß sie gegen jede Zumutung protestieren und den Versuch machen werden, sich in alle Debatten einzumischen.

Englisch-amerikanische Widerstände

Der neue französische Kompromißvorschlag in der Sanktionsfrage, sieht, wie zu erwarten war, auf englischen und amerikanischen Widerstand und hat eine Spannung geschaffen. Man hält es für allgemein wahrscheinlich, daß der erste Ausschuß den französischen Vorschlag heute ablehnen wird, wodurch sich die Aussichten auf eine baldige Einigung der Konferenz weiterhin verschlechtern würden. Nach späteren Meldungen soll der französische Vorschlag für die Engländer und Amerikaner unannehmbar sein, weil Herriot der schiedsrichterlichen Körperlichkeit nur ratgebende und keine entscheidende Befugnisse zugestehen will. Er fordert also weiterhin für Frankreich das Recht, selbständigen Vorgehens. Die Lage ist insofern ernst, als der französisch-belgische Vorschlag als das letzte Wort Herriots gilt.

Die amerikanische Auffassung wurde gestern von dem amerikanischen Botschafter Kellogg gegenüber Pressevertretern dargelegt. Kellogg erklärte, daß die Bankiers nicht bereit seien, länger auf die Lösung der politischen Probleme zu warten. Er kündigte

an, daß die amerikanische Delegation einen Gegenvorschlag formulieren werde, der das Höchstmögliche des Entgegenkommens der Bankiers enthalten soll. Im Falle der Ablehnung würden die Amerikaner keine weiteren Vorschläge mehr machen. Über den Inhalt des neuen amerikanischen Vorschlages verläßt, daß er eine Entschädigung über eine deutsche Richterfindung und über etwaige Sanktionen durch die Reparationskommission vorsehe. Die Kommission soll durch einen Amerikaner ergänzt werden. Falls keine Einstimmigkeit erreicht wird, sollen beide Auffassungen einem Kollegium zum Schiedspruch vorgelegt werden, das aus drei oder fünf von der Londoner Konferenz auf längere Zeit zu ernennenden Schiedsrichtern bestehen soll. Im Falle der Ablehnung des französischen und neuen amerikanischen Vorschlages im ersten Ausschusse werde, wie verläßt, die amerikanische Delegation die sofortige Berufung der deutschen Vertreter verlangen, um mit ihnen über den ersten amerikanischen Vorschlag zu verhandeln.

In französischen Kreisen der Konferenz war man gestern abend der Auffassung, daß Barthou aus der Erwägung heraus, daß das Gutachten der beiden juristischen Sachverständigen Hurst und Fromaget die Autorität der Reparationskommission in unzulässiger Weise einschränke, einen scharfen Vorstoß gegen das Zustandekommen, gegen die Form und gegen den Inhalt des von der Konferenz angenommenen Rechtsgutachtens zu unternehmen beabsichtigt.

Die Wählerstimmen der Poincarés

Nach einer Meldung der „Post“ aus London sind die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der französischen Delegation darauf zurückzuführen, daß Seydoux und die französischen Juristen, vor allem aber Peretti della Rocca nach einer heimlichen Fühlungsnahme mit den Führern der Opposition in Paris gegenüber dem Vorschlag Herriots nachdrücklich die Forderung erhoben, die für die beschriebenen Fälle vorgesehenen Schiedsrichter müssen von der Reparationskommission oder deren Vorsitzenden eingesetzt werden, da sonst die Autorität der Kommission gefährdet sei. Dolez habe diese Forderung mit dem Hinweis darauf unterstützt, daß Deutschland die Autorität anderer Kontrollorgane aus dem Friedensvertrag angezweifeln werde, wenn Frankreich die Autorität der Reparationskommission preisgibt. Herriot habe dann scheinbar nachgegeben und versprochen, bei der heutigen Besprechung der Delegationsführer die Formel der französischen Juristen vorzulegen.

Wie bereits mitgeteilt, hat Herriot die Auffassung der Sachverständigen über die militärische Räumung der Ruhrgebiete noch nicht akzeptiert. Bekanntlich soll nach dem Wortlaut der Entscheidung die Räumung innerhalb von 2 Jahren erfolgen und zwar nach Hochgabe der Stilllegung der Industrie- und Eisenbahnobligationen auf den Weltmärkten. Die Räumung werde in 4 Etappen erfolgen. Am 15. Oktober 1924 werde die Zone von Haguenau geräumt werden, die nächsten Etappen sind die Zonen von Dornum und Wochum und Essen die jeweils geräumt werden, wenn eine halbe Milliarde Goldmark in Eisenbahn- oder Industrie-Obligationen auf dem Weltmarkt flüssig gemacht werden.

Die Repke in London

Am Laufe der vergangenen Nacht sind die Mitglieder der Reparationskommission samt ihren Sachverständigen in London eingetroffen. Sie werden sich heute in den Gebäuden des britischen Schatzamtes versammeln und sich mit dem juristischen Gutachten von Hurst und Fromaget beschäftigen. Ferner werden sie eine Entscheidung treffen, ob die deutschen Vertreter gehört werden sollen, um mit der Kommission über den Teil des Gutachtens zu konferieren, der nur Deutschland und die Reparationskommission angeht. Vermutlich wird eine Entscheidung dahin fallen, daß die deutsche Delegation in London erwartet wird, ohne von der englischen Regierung direkt eingeladen zu sein.

Deutschland muß gehört werden!

Die „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, da nach dem Gutachten des juristischen Ausschusses der Dawes-Plan über den Versailler Vertrag hinausgehe, sei die Zustimmung Deutschlands erforderlich, die eine positive Mitarbeit der deutschen Regierung voraussetze. Die Deutschen seien berechtigt, darauf zu bestehen, daß der Dawes-Plan in seiner Gesamtheit angewandt werde, sowohl im Geist als auch nach dem Buchstaben des Planes, jedoch würden sie eine gute Gelegenheit verübergehen lassen, wenn sie zu feilschen versuchten. Sie müßten ohne diplomatisches Wandern annehmen und würden damit die Aussicht auf stabile wirtschaftliche Verhältnisse eintauschen. Ein Scheitern des Dawes-Planes würde von Nachteil für die Alliierten, aber katastrophal für Deutschland sein. Man dürfe nicht mehr wie seit 1919 schief Sieger und Besiegte scheiden. Es sei hohe Zeit, daß Deutschland nicht nur in das Konferenzzimmer der Alliierten aufgenommen werde, um die Reparationsfrage zu erörtern, sondern auch in den Alliiertenrat zur Erörterung der übrigen Fragen, wie die Abrüstung und die Sicherheit. Kein Friede könne dauerhaft sein, wenn nicht alle Völker der großen Nationen davon überzeugt seien, daß seine Aufrechterhaltung in ihrem überlegenem Interesse liegt.

Die „Times“ hält es für sicher, daß die deutsche Delegation zahlreiche neue Punkte bei der Erörterung in die Debatte werfen werde, jedoch wenig Aussicht bestehe, daß die Konferenz vor Ende nächster Woche ihr Ende erreichen werde.

• **Enalische Orientierungen.** Im Unterhause erklärte bei der Behandlung des Kolonialgesetzes der Sekretär der Kolonen, Thomas, er sei über die Lage in Mesopotamien außerordentlich beunruhigt. Großbritannien müsse vertraulich das Gebiet in vier Jahren räumen. Die Regierung beabsichtige, sich mit vollen Ehren aus Mesopotamien zurückzuziehen.

• **Das Memelabkommen.** Wie der Sonderberichterstatter des „Memel Dampfbootes“ aus Romo berichtet, ist das Memelabkommen gestern mittig im litauischen Seim ohne besondere Debatte angenommen worden. Dagegen stimmten die Abgeordneten Baron Schillinga und Draaalis.

Tschechische „Hochverratsverfahren“

Von Dr. Jeth Mittelmann, M. d. R.

Durch die Presse ging kürzlich die aufsehenerregende Mitteilung, daß die tschechische Regierung gegen eine Anzahl von bekannten Parlamentariern ein Hochverratsverfahren eingeleitet hat. Unter den Angeklagten befindet sich auch als einziges Mitglied des deutschen Reichstages der völkerverfehlische Abgeordnete Dr. Mittelmann. Wir haben uns an ihn mit der Bitte gewandt, sich zu diesem Verfahren zu äußern.

Die Schriftleitung.

„Heutzutage über Hochverrat zu sprechen, ist eigentlich, möchte ich schon sagen, ein Anachronismus. Zu Zeiten des Absolutismus finden Sie in den Gesetzen hochpolitische Hochverratsparagrafen, aber nicht in einer Zeit, und in Ländern, wo ein hohes Freiheitsgefühl existiert.“

Diese Worte, die ich an die Spitze meiner Ausführungen stellen möchte, schrieb im Jahre 1909 kein anderer und kein geringerer als Dr. Thomas G. Masaryk, der Sohn eines Kaisers des ehemaligen österreichischen Kaiserhofes und derzeitiges Staatsoberhaupt der tschechoslowakischen Republik. Die Ablehnung aus der tschechischen Umgebung, die Masaryk mit manchen derzeitigen Nachbarn in der Tschechei teilt, ist vielleicht der tiefere Grund dafür, daß man in diesem „Frei“-Staate noch heute an dem österreichischen Strafrecht festhält, das aus der Metternichzeit neben vielen anderen veraltet auch die Bestimmung in des Gegenmari herüber gerettet hat, daß ein Fremder, der im Auslande „das Verbrechen des Hochverrats gegen den österreichischen Staat begangen hat“, einem Eingeborenen gleich nach diesem Gesetze zu behandeln sei. Als es noch keinen tschechoslowakischen Staat gab, hat Herr Masaryk gegen das österreichische Strafrecht und in Sonderheit gegen den § 88, auf den das Hochverratsverfahren sich stützt, mit allen Mitteln und unter tatkräftiger Hilfe seiner Freunde, die Budek, Timenauer und ähnliche parlamentarische Instrumente in Bewegung gesetzt, gekämpft und von einem „Requisit aus der Kampfkammer des vormärzlichen Büttele“ gesprochen. Heute flüht sich die durch Verarmung und Betrug — denn man hat der Entente falsche Unterlagen vorgelegt — ins Leben gerufene tschechoslowakische Partei in den Kampf gegen das österreichische Strafrecht, um gegen österreichische Politiker und gegen reichsdeutsche Abgeordnete das Hochverratsverfahren zu erproben. Wenn Häherlichkeit nicht könnte, dann müßte dieser Vorstoß die tschechoslowakischen Machthaber von heute ohne weiteres aus dieser Zeitlichkeit abberufen.

Was nun die Gründe betrifft, die Anlaß zu diesem Hochverratsverfahren gegeben haben, so ist auch mir bis zur Stunde nicht mehr bekannt, als was in den Brauer Redaktionen der verschiedensten Blätter darüber geschrieben hat. Ob es sich um einen „Kittverein für die Subdenksche“, um die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Parlamentarier“, oder um irgendwelche in der Tschechoslowakei oder in Oesterreich achtholten Pöbeln handeln mag — das Verfahren acht letzten Endes unethisch auf Außerungen zurück, in denen dem Bundeskanzler geäußert wurde, daß trotz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die dreieinhalb Millionen Deutschböhmen und die Sudetenländer demoralisiert zum deutschen Mutterlande gehören müßten. Wenn dies ein Verbrechen ist, so habe ich mich dieses Verbrechens nicht nur einmal, sondern bereits sehr oft schuldig gemacht, und ich verweise hiermit Herrn Masaryk und Herrn Kratochvíl, daß ich die Absicht habe, diesem Bundeskanzler noch sehr oft Ausdruck zu geben, und zwar solange und so oft, bis das an uns und unseren Stammesbrüdern beangoene ungeheure Unrecht wieder aufgemacht worden ist. Für diese Ansicht und für dieses Vorhaben sollte gerade Herr Masaryk, der Gründer und Führer der tschechischen Nationalen Partei im alten österreichischen Reichsrat, der nach Kratochvíl als Auslandskühnheit, um in allen Staaten der Entente eine umfassende Loyalität für die Aufrichtung des tschechischen Staates zu betreiben, ein heiliges Bündnis haben. Das, was er damals während des Weltkrieges betrieb, war wirklich Hochverrat, was wir aber mit unseren Freunden tun, ist nichts weiter als das Bestreben, das von Willen feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker, das für alle Nationen nur nicht für das deutsche Volk bisher Geltung hat, auch für uns durchzusetzen. In diesem Sinne ist denn auch von den Abgeordneten und Senatoren des deutschen parlamentarischen Verbandes in der tschechoslowakischen Nationalitätenversammlung im Juni 1920 eine herbe tschechische Erklärung abgegeben worden, in der es wörtlich heißt:

„Wir verwerten daher die Tatsache vom rein tschechischen Stande von der tschechoslowakischen Nation und von der tschechoslowakischen Sprache als mit den Tatsachen handreichlich im Widerspruch stehend. Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staate fassen. Unrecht kann auch durch lautenblühende Liebung niemals Recht werden, insofern es nicht von den Betroffenen selbst auf Grund freier Entscheidung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmungs eines Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundhaush aller unserer Maßnahmen und unseres Verhaltens zu diesem Staate, den sogenannten Ausland oder als unserer unaufrichtigen und mit den Grundgesetzen moderner Staaten unvereinbar betrachten.“

Der in dieser Erklärung eingenommene Standpunkt war derjenige, den auch die Tschechen jederzeit im österreichischen Reichsrat eingenommen haben, und zwar zu einem Zeitpunkt — und dies ist das Entscheidende —, als es noch kein feierlich verkündetes Selbstbestimmungsrecht der Völker gab. In diesem Sinne konnte denn auch zurückblickend auf die Tätigkeit im alten Oesterreich einer der tschechischen Führer bei einem Vortrage in Paris im Mai 1921 auf die Frage „Was ist höher? Die Interessen des Staates oder die Interessen des Volkes?“ die Antwort geben: „Nicht einen Augenblick haben wir, die wir uns auf die völkische Orientierung eingelassen haben, daran gewweifelt, daß wir nur Verpflichtungen haben gegen unser Volk und nie und nimmer gegen den Staat, und daß wir diese Verpflichtungen erfüllen müssen ohne Rücksicht, ob wir uns damit eines Verbrechens gegen die geschriebenen österreichischen Gesetze schuldig machen. Wenn wir diese Gesetze erfüllt hätten, so hätten wir die Sache unseres Volkes geschädigt und damit uns des schwersten Verbrechens schuldig gemacht, des Verbetes am eigenen Volke!“

Dies ist die Ansicht der Tschechen. Und wir Deutsche, die wir nichts anderes wollen als unser Recht, lösen ruhig und mit Geduld zusehen, wie unsere Brüder in der Tschechoslowakei in brutaler Weise unterdrückt und vergewaltigt werden, ohne dagegen auch nur in Wort und Schrift vorzugehen? Ehrvervollene Kampfen müssen wir sein, wenn wir weniger Stolz auf unser Deutschtum wären als die Tschechen auf ihr Tschechentum. Mein Herr Ma-

farnt, in der Beziehung sollen Sie nicht über uns zu klagen haben. Im Gegenteil, wir wollen von Ihnen und Ihren Brüdern lernen und mit der gleichen Energie und Fähigkeit für unsere Ziele arbeiten, wie Sie es einst für die Ihrigen taten. Auch wenn Ihre Regierung noch so viele „Hochverratverfähen“ gegen uns anhängig machen sollte.

Streit im Völkerverbund

Der „Vorwärts“ hat in einem kürzlichen Artikel dem Ausdrücklichen Amt den Vorwurf gemacht, es „sabotiere“ Deutschlands Beitritt in den Völkerverbund. Lord Balfour, so wird in dem Blatt behauptet, sei im Auftrage MacDonalds in Berlin gewesen, um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund auf der bevorstehenden Tagung des Bundes in Genf sprechreif zu machen. Das Ausdrückliche Amt habe aber unerfüllbare Bedingungen gestellt (Revision des polnischen Korridors und Hebertragung eines Kolonialmandates an Deutschland) und so sei der englische Lord unrichtiger Sache wieder nach London zurückgekehrt. Es ist für die Geistesverfassung des sozialdemokratischen Blattes bezeichnend, daß es sich über die angeblichen obenwähnten Bedingungen gewaltig aufregt. Einem deutschen Blatt möchte eigentlich eine leichte Revision des Versailleser Diktates, wie sie in diesen Bedingungen enthalten ist, mehr wert sein als der Völkerverbund. Tatsächlich ist aber die ganze Meldung erfunden. Wir glauben zu wissen, daß eine englische Anregung in Berlin vorliegt, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund zu beantragen. Solange die Londoner Verhandlungen schweben, ist es für uns ausgeschlossen, auf diese Anregung einzugehen. Sollte es später einmal am Werke sein, der Frage näher zu treten, so sind drei Hauptforderungen für Deutschland maßgebend: Verzicht auf jede Erklärung, die Deutschland von neuem an Versailles bindet, sündige Vertreibung im Völkerverbund und Einladung an Rußland, dem Völkerverbund ebenfalls beizutreten. Nach wie vor bleibt es dabei, daß Deutschland nicht die geringste Veranlassung hat, sich dem Völkerverbund anzuschließen. Nach diesem Gesichtspunkt wird die Regierung noch zu verfahren.

Der Eintritt in den Völkerverbund ist für uns umso weniger bedenklich, als man sich dort in grundlegenden Fragen nicht einig ist. Zur Zeit ist ein lebhafter Streit über den Garantievertrag im Gange, den die Militärkommission des Völkerverbundes auf Grund eines Beschlusses der Rotberufsammlung vorlegt und den England bekanntlich kurzgehand zurückgewiesen hat. Dieser Vorkriegsvertrag der Rüstung abzielen. In diesem Vorkriegsvertrag ist die einzelnen Staaten des Völkerverbundes zu gegenseitigem Beistand gegen Angriffe von dritter Seite. Durch Sonderverträge zwischen den einzelnen Staaten soll dieser Vorkriegsvertrag ausgebaut werden. Die also miteinander verbundenen Staaten machen dann Vorschläge über die Rüstungen, die sie im Rahmen des Garantievertrages für möglich halten. Die Vorschläge sollen dann die Grundlage für einen allgemeinen Abrüstungsvertrag bilden, den der Völkerverbund vorlegt.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß MacDonald, der Herold der Abrüstung, diesen Vorkriegsvertrag nicht einig ist. Zur Zeit ist ein lebhafter Streit über den Garantievertrag im Gange, den die Militärkommission des Völkerverbundes auf Grund eines Beschlusses der Rotberufsammlung vorlegt und den England bekanntlich kurzgehand zurückgewiesen hat. Dieser Vorkriegsvertrag der Rüstung abzielen. In diesem Vorkriegsvertrag ist die einzelnen Staaten des Völkerverbundes zu gegenseitigem Beistand gegen Angriffe von dritter Seite. Durch Sonderverträge zwischen den einzelnen Staaten soll dieser Vorkriegsvertrag ausgebaut werden. Die also miteinander verbundenen Staaten machen dann Vorschläge über die Rüstungen, die sie im Rahmen des Garantievertrages für möglich halten. Die Vorschläge sollen dann die Grundlage für einen allgemeinen Abrüstungsvertrag bilden, den der Völkerverbund vorlegt.

Der Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien

Der Generalstreik in Ost-Oberschlesien wird auf allen Gebieten und Hüften streng durchgeführt. Die Belegschaften sind gestern sämtlich nicht mehr zur Arbeit erschienen. Die Rüstungsarbeiten werden teilweise von den Beamten ausgeführt. Die Betriebsräte erkläre die Arbeiterchaft, im Streik zu verharran und nur den Weisungen der Führer zu folgen. Die Angestellten-Gewerkschaften haben sich bis jetzt dem Generalstreik noch nicht angeschlossen. In einer Sitzung der Angestellten-Gewerkschaften wurde beschlossen, heute in den Betrieben eine Abklimmung vorzunehmen zu lassen, oder man sich an dem Generalstreik beteiligen solle oder nicht. Das Ergebnis dieser Abstimmung dürfte heute oder morgen bekanntgegeben werden.

Anfolge des Generalstreiks ist die Stadt Katowitz, die mit elektrischer Kraft von der Immagrube bei Rypnik gespeist wird, von der Stromzuführung abgeschnitten. Mit Ausnahme der Firmen, die eine eigene Kraftanlage besitzen, sind sämtliche Unternehmungen stillgelegt. Auch die Tageszeitungen können nicht erscheinen. Die Straßenbeleuchtung ist gestört.

Polen und Deutschland

Wie der „Oberösterreichische Kurier“ aus Warchau meldet, entwarf die neue polnische Kabinettsminister Strauski am Dienstag in einer Rede vor dem Sejm ein Programm. Ueber das Verhältnis Polens zu Deutschland erklärte der Minister, daß es ein derartiges sein werde, wie dasjenige Deutschlands zu Polen. Polens Betreiben sei, mit Deutschland, aber auch mit Rußland so freundschaftliche Beziehungen als freundschaftlich am ausführlichsten und zwar nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Das nächste Leben weise auf die beiderseitigen arroken Vorteile auf dem Gebiet des Handels und der Finanzen hin. Die Polen betreiben möge Polen entschlossen. Darüber hinaus werde das Verhältnis Polens zu den beiden Nachbarnstaaten addäna sein von dem Verhältnis der beiden Staaten zu den bestehenden Verträgen und zu dem Völkerverbund. Wenn Deutschland und Rußland die Idee des Völkerverbundes sich zu einem machen, glaube er, daß die Idee einer einträglichen und ausdauerlichen Zusammenarbeit sich in ihrer vollen Fülle entwickeln werde.

Ein Zwischenfall im Senat

Der Senat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Kansas-Keinfallentwurf. Der Berichterstatter der Senatskommission führte im Sinne des vorerwähnten Beschlusses vor, der Reaktionen des Rechts zu geben, gewisse Gnadenmatten zu vollziehen, jedoch die Erlaubnis des Senats des von der Kommission angenommenen Gesetzes bis zum Wiederzukommen des Senats im Herbst aufzuschieben. Gegen diesen Vorfall erhub die Ants des Senats Widerspruch, und es kam zu einem Zwischenfall. Bei der Rede des Senators der Kansas ein der reaktionäre Senator der Kansas: „Sie haben nur die Liebe zu den Böses im Sinne!“ Es kam zu lärmenden Protesten und als Senatpräsident DeLaurens keine Mene machte, den Senator der Kansas zur Ordnung zu rufen, rief die Ants: Demission! Der Senatpräsident wachte die Sitzung unterbrechen. Nach Wiederannahme der Verhandlungen wurde der Senator der Kansas zur Ordnung gerufen.

Die Republikanische Ants, wie sich die Rechte des Senats nennt, hat nach einer Debatte über die außenpolitische Lage folgende Tagesordnung angenommen: Die Kommission läßt darauf, daß die Regierung es versteht, die Rechte Frankreichs aufrecht zu erhalten und keine Antreten zu verteidigen auf der Grundlage der bestehenden Verträge, die in ihrer Gesamtheit aufrechterhalten werden müssen.

Aus den besetzten Gebieten

Die Raubüberfälle der Marokkaner in der Pfalz

Die im Mai und Juni ds. Js. zahlreich erfolgten Raubüberfälle von marokkanischen Soldaten auf deutsche Bürger im Bezirk Landau waren zum Gegenstand einer Anfrage an die bayerische Regierung gemacht worden, auf die die bayerische Ministerium des Aeußeren jetzt geantwortet hat, daß die Regierung sofort nach dem Bekanntwerden dieser Vorfälle dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete und dem Auswärtigen Amt zur Einleitung diplomatischer Verhandlungen Mitteilung machte. Das Auswärtige Amt habe Kenntnis davon gegeben, daß der deutsche Botschafter in Paris angewiesen wurde, diese Raubüberfälle bei der französischen Regierung zur Sprache zu bringen und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die französische Befehlshaberbehörde in der Pfalz möglichst bald mit Weisungen versehen werde, die eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse verhindern. Von französischen Kriegsgerichten hätten bereits Verhandlungen gegen marokkanische Soldaten, die an Raubüberfällen beteiligt waren, stattgefunden. Die Marokkaner wurden in diesen Verhandlungen zu Gefängnisstrafen von zwei und fünf Jahren verurteilt.

Gefallenengedenktag und Versammlungstag in der britischen Zone

Für den zehnjährigen Gedenktag des Beginns des Weltkriegs, dem 4. August, hat die britische Befehlshaberbehörde des Maroons in den Reichslanden Schwarz-Rußland, den vormaligen Landesfarben Schwarz-Weiß und den königlichen Stadtfarben Rot-Weiß auf öffentlichen und privaten Gebäuden eskattiert. Verbieten dagegen in Schwarz-Weiß-Rot. In der französischen Zone ist letztes Maroons am 3. August verboten. Unterhaut für das ganze besetzte Gebiet sind außerdem Kundgebungen und Umzüge. Die deutsche Befehlshaberbehörde aber keinen Widerspruch dagegen, wenn an Ehren der Gefallenen in Kirchen und auf Friedhöfen Gedenkfeiern abgehalten werden, soweit solche keine Umzüge veranlassen werden.

Für die Feier des Verfassungstages, dem 11. August, ist von der britischen Befehlshaberbehörde des Maroons in den oben genannten Farben ebenfalls anemhat. Auch hier ist die Schwarz-weiß-rote Fahne verboten.

Der gefährliche Phonograph

Ueber die gestrige Sitzung des französischen Willkürpolizeigerichts in Landau berichtet der „Land-Anzeiger“ u. a.: Julius Bamdach, Arbeiter in Mannheim, verschaffte sich auf Grund seines Entlassungsscheines von der Fremdenlegation in diesen Fällen von der Cooperatio in Ludwigshafen größere Mengen Champagner, seine Weine, Liköre, Kaffee, Tee usw. und trieb, wie das Gericht annimmt, Handel damit. Das Urteil lautete auf 20 Tage Gefängnis und 30 Goldmark wegen Vergehens.

Daniel Reichler, former in Frankfurt, ist angeklagt, seinen Phonographen auf dem Fenster seines Hauses das Bild „Held der Siegertrium“ anbringen lassen zu haben, wodurch eine größere Anklammerung von Personen vor seinem Hause stattfand. Die Verhandlung ergab, daß es seine nicht ganz normalen Kinder waren, die die Worte einflüßelten. Deshalb kam er wegen der Ursache der verübten Anklammerung mit 3 Goldmark Strafe davon.

Ein Eisenbahner aus Uetersen in Boden war im Besitze eines Paketes mit dem Vermerk: Gültig im ganzen besetzten Gebiet, vom dortigen Postamt ausgehellt, womit er seinen kranken Vater in Landau besuchen wollte. Da er aber keine Einreisegenehmigung von der Kreisdelegation eingeholt hatte, wurde er mit Rücksicht (!) auf seinen guten Glauben, daß sein Post gültig sei, zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Wegen Ausföhrung von Franken von 3 bis 900 Mark waren fünf Angeklagte vor Gericht. Sie wurden freigesprochen und die Summen zurückerstattet.

Die Ermordung Matteotti

□ Berlin, 31. Juli. (Von unkreuzt Berliner Büro.) Die Pariser Information meldet nach einer Drahtung des Lokal-Anzeigers aus Rom: Der ehemalige Abgeordnete Cannoni macht im „Popolo“ aufsehenerregende Erklärungen über den Mord an Matteotti. Nach seinen Angaben haben die Menschenmörder Matteotti zuerst durch Faustschläge zum Sprechen bringen wollen, hierauf haben sie ihn den Hals durchgeschnitten. Als besonders gefährliche Einzelheit erwähnt Cannoni, daß die Mörder, um den Sarg schließen zu können, dem Toten noch einen Arm gebrochen hätten.

Das Weiterstren zur See

Am Unterhaus fragte Bollaits, ob mehreren Signalarbeiten der Washingtoner Konvention gegenüber Vorstellungen erhoben wurden, daß die Siegerung der Trugscheite der Besätze auf den Großstampschiffen oder Ausgoben zur Siegerung des Atlantikradus der Schiffe nach Ansicht der britischen Regierung einen Verstoß gegen die Konvention darstellen würden. Bollaits erwiderte: Der amerikanischen und der japanischen Regierung gegenüber seien solche Vorstellungen erhoben worden. In Ermöhrung auf eine andere Anfrage Bollaits teilte Cannoni mit: Großbritannien habe drei Zerstörer im Bau und plane den Bau von zwei weiteren Zerstörern. Japan habe acht Zerstörer im Bau und plane den Bau von weiteren achtzehn. In U-Booten habe das britische Reich im Bau sieben, geplant fünf, Japan im Bau elf, geplant zwanzig; Frankreich: Großbritannien im Bau vier, geplant fünf, Japan im Bau fünf, geplant sechs.

Der deutsch-russische Ausgleich

Die Mitteilung, daß in Berlin das Protokoll unterzeichnet worden ist, durch das der deutsch-russische Zwischenfall beigelegt wird, hat, wie die Russische Telegraphenagentur meldet, in Handelskreisen der Sowjetunion große Beugung hervorgerufen. Es wird angenommen, daß von jetzt an eine Befestigung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eintreten wird. So hat die russische Handelsvertretung in Berlin, der „Deutscher Allgemeinen Ztg.“ zufolge, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Bayern und das Reich

Der in jedem Sommer fällige Konflikt zwischen Bayern und dem Reich scheint sich wieder zu nähern. Die Erklärung des bayer. Innenministers, daß er den Beschlüß des Reichstags über die Ausföhrung des Verbots von politischen Parteien nicht ausführen werde und das bayerische Verbot von Verfassungstagen am 11. August werden nicht als „Vorwärts“ aber nicht nur vom „Vorwärts“ allein in Berlin mit einiger Beunruhigung dergemahnt. Besonders bemerkenswert ist die Begründung, die der bayerische Minister des Innern den Pressevertretern gab. Er erklärte, wie die Blätter aus München melden: Die bayerische Regierung respektiere und achte die Reichsverfassung, aber sie habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie in verschiedenen Punkten eine Abänderung der Verfassung, selbstverständlich auf legalen Wege, anstrebe. Die Beteiligung der bayerischen Staatsregierung an der Verfassungstagen würde deshalb wie eine Handlung angesehen. Es sei etwas anderes, die Reichsverfassung zu achten und zu schützen als sie zu feiern.

Ganz richtig, oder ob es politisch klug war, in denselben Tagen, in denen die Reichsregierung in London das Reich verteidigen muß, einen innerpolitischen Konflikt heraufzubekommen, ist denn doch sehr die Frage.

Die Eisenbahnverhandlungen abgebrochen

Wie mehrere Berliner Blätter aus München melden, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Eisenbahnfrage zu keinem Ergebnis gelangt. Reichsverkehrsminister Oeser und Reichsfinanzminister Dr. Rütger sind gestern Abend wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Badischer Landtag

in Karlsruhe, 31. Juli. (Abg. Bericht.)

Die Landesbürgerschaft für die Genossenschaftsbetriebe

In der Nachmittags-Sitzung sind die Triübnen überhört. Präsident Dr. Baumgartner hat zu Beginn der Sitzung in seiner Eröffnung (Zentrum) Maß genommen. Den Vorhög führt Abg. Keller-Heidelberg. Das Haus legt die Generaldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Goettlicher (Ztr.) rügt Verhältnisse, die sich bei telephonischen Hilferufen in Feuerwehr u. a. in Mündelungen und Dürchheit gezeigt haben. Dringende Hilfe sei hier notwendig. Der Minister begründet dem folgenden Antrag Willemann (Ztr.) u. Gen. bet. den Staatsbeitrag für den badischen Verkehrsverband von 1500 M. auf 5000 M. zu erhöhen.

Darauf bringt Abg. Klüber (Ede.) unter dauernden Zwischenrufen und Lärme im Hause polenmäßiges Material gegen das Zentrum vor und erklärt, daß nicht nur der Bundbund sich „herausagitiert“.

Abg. Dr. Jöhe (Ztr.): Die Zentrumspreise steht nicht auf dem Niveau wie das Handwörtergan. Die „Schwarzwälder Zeitung“ hat keine unseiner Berichtigungen aufgenommen. Mit erneut Stimme vermehrt sich der Redner dagegen, daß der Redner des Reichstagsbundes eine heilige Institution der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit angegriffen habe. (Rufe beim Zentrum: Unerhört!) Götliche Auseinandersetzungen widerprägen keineswegs dem Geist der Bergpredigt. Wir führen den Kampf für Recht und Gerechtigkeit, gegen die Macht. Herr Abg. Klüber, Ihre Politik ist Demagogie überster Sorte!

Abg. Wäser (D. Volksp.): Der Streit um die Kommerzialbank oder Nichtkommerzialbank, der heute früh hier entbrannt ist, sollte lieber begraben werden, da wir demnächst die Tosen des Krieges ehren wollen.

Abg. Küfert (Ede.): Durch den Schutzvoll würde die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden. Die Landwirtschaft sollte lieber durch neue Verbesserungen der Produktionsmethoden helfen, ebenso die Industrie. Der Redner merkt sich dann gegen die Behauptung der Kommunisten, daß die Sozialisdemokratie mit den Faschisten gehe.

Darauf wird in die Einzelberatung des Etats eingetreten. Einige Titel wurden mit Mehrheit angenommen. Bei Titel III „Verwaltungsgerichtshof“ werden längere Auswürrungen über die Satzungsänderung des Bestallungsvereins gemacht, wobei vom Zentrum der Vorwurf der Unmoral der Aufsichtsbekörde erhoben wird. Ein sozialdemokratischer Redner weist diesen Vorwurf zurück.

Hierauf wird der Gesetzentwurf über Bürgerschaften des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an Einkaufsgenossenschaften des Handwerks und des Handels, sowie der Verbrauchergenossenschaften und der Konsumvereine in folgender Fassung einstimmig angenommen:

§ 1. Der Minister des Innern wird ermächtigt, für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an Einkaufsgenossenschaften des Handwerks und des Handels, sowie an Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) die landwirtschaftlichen Bürgerschaft des Landes bis zu einem Gesamtbetrag von 9 Millionen Goldmark zu übernehmen, und zwar zu Gunsten der Badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Karlsruhe und der Zentrale Bregau- und Altschonenfischotien des Badischen Bauernvereins in Freiburg je bis zu einem Betrag von 1,5 Millionen Goldmark, zu Gunsten der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser O.B. in Tauberbischhofheim bis zu dem Betrag von 300 000 Goldmark, sowie zu Gunsten der Verbrauchergenossenschaften des Handwerks und des Handels, sowie von Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) bis zum Betrag von zusammen 4,5 Millionen Goldmark.

Die Bürgerschaft zuzieht nach Maßgabe der eingeleiteten Änderungen und spätestens am 1. März 1925.

§ 2. Die weitere Ausgestaltung der Bürgerschaften wird dem Minister des Innern überlassen.

§ 3. Das Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Hierauf wurde auf Antrag des Berichterstatters Abg. Maxium (Ede.) folgende Entschließung angenommen: Unter die von dem Ministerium des Innern zu vereinbarenden Bürgerschaftsbedingungen ist folgende Bestimmung aufzunehmen: Die Spanne zwischen dem Zins und dem Geldegebot und dem Zins, der dem lezten Geldnehmer berechnet wird, darf 3 Prozent nicht übersteigen. Das Gesetz wurde als bringt im Sinne des § 23 der Verfassung erklärt.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Wäser (Ztr.) wurde die Sitzung auf heute Vormittag 8 Uhr vertagt.

Deutsches Reich

Die Umfragefrage im Reichskabinet

Wie wir erfahren, ist es bei den gestrigen Beratungen der Wirtschaftsausschusses des Reichskabinetts zu Befarnehmungen mit Berichtern der Sachverständigenkommission nicht gekommen. Die Industriellen sind aber inwieweit über die Auffassung der Reichsregierung unterrichtet worden, jedoch ist bei den heute stattfindenden Verhandlungen mit der Reichsregierung die Auffassung der Wirtschaftsausschusses ankommen können. Eine Reihe der Sachverständigen hat nicht teilgenommen und ist auch nicht in Aufsicht gekommen. Die Beratungen fanden nur innerhalb des Reichskabinetts statt.

Einberufung des Reichseisenbahnrats

Der Reichsverkehrsminister hat den händigen Ausschüß der Reichseisenbahnrats zu einer Sitzung für Dienstag den 3. August nach Berlin berufen. Gegenstand der Tagesordnung ist eine Kauspode über die Finanzlage der Reichsbahn und die Güterverkehrsfrage sowie einzelne Tariffragen.

Der Gefallenengedenktag in Berlin

Bei der Gedenkfeier für die Opfer des Weltkriegs, die am 3. August vormittags 11 Uhr vor dem Reichstagsgebäude stattfand, wird auch der Opfer, die von der deutschen Flieger gebracht wurden, durch das Erscheinen zweier Flugzeuge über dem Reichstagsplatz während der Feier symbolisch gedacht. Die Flugzeuge, die von der Fliegerführer Hornemann gesteuert werden, werden von den ehemaligen Fliegeroffizieren Garganica und Wittenau geführt.

Lezte Meldungen

Ein neues Opfer Haarmanns?

Berlin, 31. Juli. Wie aus Bremen dem „B. Z.“ gemeldet wird, verließ im März 1923 ein junger Mann die Wohnung seiner Eltern, um auswärts Arbeit zu suchen. Nach acht Tagen bekam ein Bekannter als letztes Lebenszeichen eine auf dem Bahnhof in Hannover geklebte Postkarte. Jetzt ist bei dem Vater Haarmanns ein Stimpf, gezeichnet mit H. R., den Anfangsbuchstaben des Ruf- und Familiennamens des Vermissten gefunden worden. Die Eltern haben sofort Schritte unternommen, um Gemisshilft über das Schickal ihres Sohnes zu bekommen.

Berlin 31. Juli. In der gestrigen Nacht ist im Norden Berlins ein gewaltiger Dachstuhlbrand ausgebrochen. Durch das Eingreifen der Feuerwehr konnte jedoch das Feuer auf seinen Brand verdrängt werden. Soweit bisler Verluste ist, handelt es sich um sehr beträchtliche Brandstiftung. Der entstandene Schaden ist sehr erheblich. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Der Gesundheitszustand des Bundesministers Seipel ist weiterhin besorgniserregend. Man hofft, daß er beim Wiederzukommen der Nationalversammlung im Herbst wieder die Führung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen in der Lage sein wird. Ob Seipel aber an den Völkerverbündungsverhandlungen in Genf im Oktober teilgenommen können, ist noch nicht sicher.

Die Mordkommission bei der Arbeit

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht über die Tätigkeit der Kriminalpolizei der Reichshauptstadt nach der Aufdeckung eines Mordes die nachstehenden Mitteilungen, die einen genauen Überblick über die Maßnahmen gewähren, die zur Festnahme des Täters zu ergreifen sind und deshalb auch unsere Leser interessieren dürften, zumal die Mitwirkung des Publikums eingeschritten wird.

Die Mordkommission! Am Publikum sind über diese Einrichtung die verschiedensten Auffassungen verbreitet und viele dichten über fast übermensliche Fähigkeiten an. Es soll in den folgenden Zeilen versucht werden, ein Bild von der Wirksamkeit dieser bei allen Verbrechern betätigten Kommission zu geben. Ureigentlich heißt sie „Kommission zur Aufklärung von Kapitalverbrechen“.

An Stelle dieser langatmigen Bezeichnung ist der Name „Mordkommission“ eine Abkürzung. Jede Mordkommission ist längstens einen Monat in ihrem wörtlich bezeichneten Amte, d. h. einem Monat, wenn in dieser Zeitperiode kein Kapitalverbrechen verübt wird, ein Umstand, der leider nur selten eintritt. In den obgenannten Jahren nach der Revolution ist es nur dreimal geschehen. Sobald eine Kommission mit der Aufklärung eines Kapitalverbrechens beschäftigt ist, tritt eine neue ihrem Berufsdienst an. Weistens ist es so, daß nicht nur eine, sondern zwei und noch mehrere dieser Kommissionen gleichzeitig in Tätigkeit sind. Der Mord wurde vor einigen Monaten mit fünf Kommissionen aufgestellt.

Die Mordkommission setzt sich jedesmal zusammen aus zwei Kriminalkommissaren, von denen der ältere der eigentliche Leiter ist, mehreren Oberwachmeistern der Kriminalpolizei sowie einer je nach Lage des Falles mehr oder minder größeren Anzahl von Kriminalbeamten des Fahndungs- und Erkennungsdienstes, den Streifenmannschaften sowie sämtlichen Beamten der Dezernate, die die beiden Kommissionen bearbeiten. Dazu kommen Photographen des Polizeipräsidiums, die dortigen Chemiker, Beamte der Vermittlungsstelle, Gerichtsärzte usw. Ueberwacht werden diese Kommissionen von dem Direktoren der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppo, oder in dessen Abwesenheit von seinem Stellvertreter Regierungsrat Dr. Hagemann. Bei größeren Anlässen erscheinen auch die Herren am Tatort, um ein rasches und reibungsloses Arbeiten zu befördern. Die jeweiligen Mitglieder einer in Bereitschaftsdienst befindlichen Mordkommission sind in ihrer Bewegungsfreiheit sehr beschränkt. Sie müssen Tag und Nacht zur Verfügung stehen. Haben sie den Tag über im Präsidium ihre laufende dienstliche Tätigkeit verrichtet, so müssen sie sich sofort in ihre Wohnungen begeben, wo sie stets erreichbar sein müssen.

Tun zum Mordalarm! In der I-Strasse findet der von seiner Arbeitsstätte heimkehrende Mann in der offenkundigen Wohnung keine Frau vor und offenbar ermordet auf. Seine Entsetzensrufe machen die Hausbewohner aufmerksam, und einige Besonnenen finden sich ja bald die schnell die nächstliegende Revierwache oder einen patrouillierenden „Grünen“ auf der Straße alarmieren. Als dann erscheinen schnell diese Revierbeamten am Tatort. Da nach Lage der Dinge klar ist, daß hier ein Kapitalverbrechen verübt wurde, wird erst mal der Tatort abgesperrt, das heißt, das Verbrechen wird unter polizeiliche Bewachung genommen. Hand in Hand damit läuft der „Mordalarm“. Die Revierwache verständigt den „Dauerdienst“ im Präsidium, der aus einem Kriminalkommissar und mehreren Beamten besteht und der tagen, tagaus, tagüber durch den Mordapparat des Polizeipräsidiums, das heißt durch den Mordkommissionen, telephonisch und wenige Sekunden später auch durch den Mordapparat des Polizeipräsidiums, das heißt durch den Mordkommissionen, telephonisch und wenige Sekunden später zum Kommissar am Dienst, wie der jeweilige Leiter des Dauerdienstes genannt wird, die Depesche ein, etwa in folgender Form:

Mordalarm. In der I-Strasse ist der Herr ...
 ... wurde vom heimkehrenden Ehemann Frau ...
 ... durchschneitern Reibte tot aufgefunden. Wohnung ...
 ... Unbekannte Raubmord. Tatort: ...

Ruf gilt es, die verschiedenen Mitglieder der Mordkommission zu alarmieren. Zuerst werden durch die Beamten des Dauerdienstes der Ober der Kriminalpolizei und der Leiter der Mordkommission benachrichtigt. Gleichzeitig wird die Morddepesche in etwas veränderter Form „An alle“, d. h. an sämtliche Revierwachen gegeben. Das hat den Zweck, daß die Revierwachen ungehindert Beamte in die ihren Dienstbezirk bezogenen Wohnungen der Beamten des „Mordbereitschaftsdienstes“, wie er in diesem Stadium genannt wird, senden und diesen Mitteilung von der Morddepesche machen. Diese alarmierten Beamten müssen nun auf dem schnellsten Wege nach dem Tatort eilen. Während des Gehens, dem die Mordkommissioner von Dienst weiter. Es sind noch der diensthabende Gerichtsarzt, die Staatsanwaltschaft, die Photographen usw. zu benachrichtigen und nicht zuletzt die Tagespresse. Die Kriminalpolizei weiß sehr wohl, daß ihr Apparat meistens nur dann auf funktionieren kann, wenn er von den Zeitungen sachgemäß unterrichtet wird. Die Zeitungen berichten über das Verbrechen und beleuchten dadurch eine Mitwirkung der Bevölkerung an der Aufklärung, die unentbehrlich ist, weil die Polizei meistens auf Mitteilungen aus dem Publikum angewiesen ist und dadurch die besten Fingerzeige erhält.

Inzwischen ist die Mordkommission am Tatort eingetroffen, und unverzüglich beginnt ihre mühselige und oft sehr aufreibende Arbeit. Vorrangig wird das Wortsimmer betreten, um etwaige Spuren zu vermissen. Während besonders ausgebildete Be-

amte nach Fingerabdrücken und sonstigen Spuren suchen, und solche auch meistens finden, wird die Leiche sowie der ganze Tatort photographiert. Nun beginnt der Gerichtsarzt seine Tätigkeit, indem er die Leiche sorgfältig untersucht und die Art des Todes, der Verletzung und der Waffe feststellt, mit der diese zugefügt wurden. Andere Beamte zerstreuen sich inzwischen in die Nachbarschaft, teils mischen sie sich unter die Leute, die vor dem Hause zusammengeströmt sind, um aus deren Gesprächen Anhaltspunkte zu erlangen, teils beggeben sie sich Haus bei Haus, treppauf, treppab, um entsprechende Nachforschungen anzustellen. Oft sind schon durch diese ersten Ermittlungen Worte aufgefährt und Täter hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Oft aber gelingt es erst nach mühsamer Arbeit, die Wochen und Monate dauerte, mitemer trotz intensiver Arbeit auch gar nicht. Die „Mordkommission“ wird dann als „unerledigt“ schließlich abgeschrieben, aber dieselbe nicht ad acta gelegt. So ein unerledigtes Attentat, das über den Fall erwachsen ist, findet oft nach Jahren doch noch seine „Erledigung“.

Von Beamten sind die ersten Zeugen zum Tatort beordert worden. Teils werden sie sich freiwillig, teils müssen sie gezwungen werden, Rede und Antwort zu geben. Alle werden von dem Kommissar vernommen, die Aussagen — mögen sie noch so unwichtig scheinen — kurz protokolliert. Ist alle diese Kleinarbeit, die oft viele Stunden in Anspruch nimmt, getan, wird die Leiche nach dem Schauplatz gebracht, um dort obduziert zu werden. Die Kommission begibt sich nun nach dem Präsidium, um dort die Arbeit fortzusetzen. Meistens tritt dann eine Pause ein, in der die leitenden Beamten den Fall beraten und die verschiedenen Probleme erörtern. Dann erscheinen die Zeitungen. Auf deren Berichte hin werden sich nun Zeugen, von denen viele unwichtige und oft mit dem Verbrechen in gar keinem Zusammenhang stehende Angaben machen, vielfach vertrieben durch die Aussicht, die ausgeschickte Bezeichnung zu erhalten. Aber fast immer schließt sich aus den Zeugenaussagen doch ein Bild heraus, das bei einiger Kombination festgestellt, der Wahrheit und damit dem Täter auf die Spur zu kommen. Wüthener bringt eine solche Aussage auch gleich die Lösung des ganzen Falles.

Verschließen sich Verdachtsanzeigen, so wird zur Verhaftung des mutmaßlichen Täters geschritten. Ist er es wirklich, so findet man in seinem Besitze fast immer granulierende, für keine Schuld zeugende Gegenstände. Und wenn nicht, so gelingt es oftmals doch auf anderem Wege, den Täter — und mag er noch so hartgesotten sein und noch so hartnäckig leugnen — zum Geständnis zu bringen. Oft werden durch kleine Lukenfensterchen, eine Zigarette oder dergleichen, menschliches Eingehen auf seine Blöße und weichen Kniege, in Verbindung mit der dem Verbrecher bisher vorerhaltenen Kenntnis der Anzeichen, auf seinen der Polizei schnelle Erfolge hinsichtlich des Geständnisses erzielt, wobei sich dann oft dramatische und erschütternde Szenen abspielen. Oft muß auch ein alter Sünder tags, so wochenlang bearbeitet werden, ehe er unter der Wucht der Schwereitsatz zusammenbricht. Ist der Fall aufgeklärt, so treten Staatsanwalt und Gericht in Tätigkeit, um die Sühne herbeizuführen.

Wie umfangreich, aber auch wie erfolgreich sich die Arbeit der Mordkommission gestaltet, zeigt die Statistik der verflochtenen zwölf Monate. In diesem Zeitraum wurden 73 Kapitalverbrechen gemeldet und von der Kriminalpolizei zwecks Aufklärung in Arbeit genommen. 69 dieser Fälle konnten aufgeklärt und die Hölle dem Richter zugeführt werden, während nur in 4 Fällen bisher keine Aufklärung geschaffen werden konnte. Nach diesen Zahlen kann man gewiß ein außerordentlich erfolgreiches Arbeiten dieses Zweiges der Polizei feststellen.

Städtische Nachrichten

Das Kaufhaus in Mannheim

Don. Stadtbaudirektor Richard Pertze, Königl. Regierungsbaumeister a. D.

Herr Reichsminister Prof. Dr. Fritz Hirsch in Karlsruhe hat vor etwa Jahresfrist in der deutschen Tagespresse eine Abhandlung unter dem Titel „Bunte Architektur, ein Beitrag zur Pflege unserer Baudenkmäler“ erscheinen lassen, in dem er über die farbige Behandlung alter Baudenkmäler spricht. U. a. befaßt er sich auch mit der im Jahre 1904 unter seiner Leitung erfolgten Wiederherstellung des Mannheimer Kaufhauses. Er streift die Notwendigkeit der für die Festigung des Farbanspruchs maßgebenden Gründe und kommt zum dem Schluß: „Pertze tritt, ohne irgendwelches schlagendes Beweismaterial für diese abweichende Ansicht zu bringen. Ich hielt es deshalb bisher für unwürdig, auf diese seine Ausführungen einzugehen. Nachdem aber Herr Prof. Hirsch gelegentlich von Führungen durch das Bruchhäuser Schloß immer wieder auf das Mannheimer Kaufhaus zu sprechen kommt und am 11. Juli ds. Js. sogar bei einer Führung der Mannheimer

Lehrer sich in persönlichen Angriffen erging, halte ich es für nötig, seine unrichtigen Ansichten zu widerlegen, und zwar mit Gründen zu widerlegen.

Die Gründe dafür, daß die Fassade des Kaufhauses im Sinne des Erbauers wiederhergestellt wurde, sind folgende: Der Architekt der architektonisch bedeutenden Nordfassade ist der kurfürstliche Oberbaudirektor Alessandro Galli Bibiena. Seine Haupttätigkeit in Mannheim fällt in das Jahrzehnt 1730—1740. In dieser Zeit führte er gleichzeitig aus die Nordfassade des Kaufhauses 1733—1740, die Jesuitentirche, begonnen 1733, vollendet 1736 und den linken Schloßflügel mit der Schloßkapelle. Das Schloß sowohl wie die Jesuitentirche stehen heute noch, so wie Bibiena sie geschaffen hat, d. h. ohne jeden Anstrich. Es ist nun wohl nicht anzunehmen, daß derselbe Architekt bei 3 gleichzeitigen aus demselben Steinmaterial ausgeführten Monumentalbauten den einen sollte mit einem Anstrich versehen haben, die anderen beiden aber nicht. Wenn er aber nun aus unerklärlichen Gründen das Kaufhaus mit einem Anstrich versehen hätte, so hätte man Spuren hiervon an geschützten Stellen vorfinden müssen, was aber nicht der Fall war.

Die weit wichtigeren Gründe aber sind folgende: Er hat einen bewußten Wechsel im Steinmaterial vorgenommen und zwar sind die unteren Geschosse des Turmes aus rotem Sandstein, die oberen aus grauem, die Fensterumrahmungen der Hauptfassade aus grauem Stein, die an derselben Fassade befindlichen Balustraden haben Umrahmungen aus rotem Sandstein erhalten, und die reispollen Skulpturen sind aus grauem Stein hergestellt und sorgfältig in den roten Sandstein eingefügt, genau wie sie auch in anderer Form an der Schloßkapelle von ihm ausgeführt wurden. Diese Gründe glaube nun Herr Prof. Hirsch mit folgendem Satze abzuhaken: „Der regelmäßige Wechsel in der Verteilung des verschiedenen Materials ist eine selbstverständliche Folge der geschmackvollen Verteilung der für die verschiedenen harten Materialien in Betracht kommenden Architekturelemente im Organismus der Fassade.“ Ein Ausspruch, der sich „ehr geleistet“ anhört und auf den Reien seinen Eindruck nicht verliert, in Wirklichkeit eine Phrase; denn es bleibt den Beweis schuldig, warum für die Fenster und für die oberen Geschosse des Turms ein Material von anderer Härte gewählt werden mußte als für die Türumrahmungen und die unteren Geschosse. Wenn nun das Bruchhäuser Schloß von seinem Erbauer tatsächlich mit einem Anstrich versehen worden sein sollte, so kann man doch vernünftiger Weise nicht daraus schließen, daß Bibiena, der mit dem Bruchhäuser Schloß nicht zu tun hatte, dieses auch bei seinen Bauten getan haben soll.

Nun aber komme ich zu der technischen Seite. Wenn man Architekturelemente früherer Kunstepochen ihre Sandsteinbauten hin und wieder mit einem Anstrich versehen haben, so ist dies kein Grund für uns, die wir über eine wissenschaftliche Erforschung der Bauteile verfügen, dieses nachzuahmen. Es ist und bleibt falsch, Sandstein mit einem Anstrich zu versehen aus folgenden Gründen: Der gute Sandstein ist ein monumentales Material und überdauert Jahrhunderte. Der Anstrich ist nichts weniger als monumental und hat nur eine Lebensdauer von wenigen Jahren. Man überzieht doch nicht Gold mit Silber, wohl aber Silber mit Gold. Ferner ist gerade am Mannheimer Kaufhaus nachgewiesen, an anderen Bauten kann es nachgeprüft werden, daß der Anstrich der Erhaltung des Steins nicht förderlich ist, sondern im Gegenteil zu seiner schnelleren Zerstörung beiträgt. Ein solcher Anstrich muß im Abstand von mindestens 10 Jahren erneuert werden. Dabei wird die alte Farbschicht, die kein Öl mehr enthält, naturgemäß nicht beseitigt, sondern der neue Anstrich kommt auf die alte Farbschicht, die nicht mehr überall am Stein festhält, und nicht auf den Sandstein, den er doch angeblich „schützen“ soll. Die Folge ist, daß Feuchtigkeit, die entweder in Form von aufsteigender Erdfeuchtigkeit oder als Regen in den Stein eindringt, nicht unter der Einwirkung von Licht und Sonne austrocknen kann und der Stein mitschmelzt viel schneller, als dies sonst der Fall war, zerfällt wird. Am Kaufhaus in Mannheim mußten in Folge dieser länger als ein Jahrzehnt dauernden falschen Behandlung der Sandsteinfassade 62 Kubikmeter Sandstein in dünnen Platten aufgewischt und 4500 Wierungen eingestrichen werden. Ein Beweis, wie unter dem immer wieder erneuerten Anstrich die Verwitterung vor sich gegangen war.

Seit jetzt man, obwohl die Fassade nunmehr 20 Jahre ohne Witterungseinflüssen ausgesetzt war, auch nicht die geringsten Spuren irgendwelcher Zerstörung. Deshalb: Sandstein mit defter Farbe anstreichen, ist falsch. Und wird dadurch nicht richtig, daß Herr Prof. Hirsch in Karlsruhe verteidigt, daß man Sandstein anstreichen muß. Es wirt sich nun auch die Frage auf, warum Herr Prof. Hirsch erst jetzt, nach 20 Jahren, mit dieser seiner Ansicht hervortritt, obwohl er doch Gelegenheits gehabt hätte, während der Wiederherstellung des Kaufhauses im Jahre 1904 von dem nahen Heideberg, wo er damals wohnte, seine wohnende Stimme zu erheben. Aber auch hierfür scheint mir ein Grund vorzuliegen. Er glaubt, daß jetzt von seiner hohen Stellung aus seine Ausführungen besonders autoritativ wirken. Herr Prof. Dr. Hirsch beruft sich auf das Bruchhäuser Schloß, dessen Restaurierung nicht von ihm geleitet wurde, in der Hauptsache aber durch den verstorbenen Baupraktiker Lang ausgeführt wurde, und leitet daraus ab, daß man alles anstreichen müsse. Sein meiner Ansicht nach unheilvoller Einfluß macht sich verschiedenlich bemerkbar, so zum Beispiel in Heideberg, wo man die alten Sandsteindenkmäler in greifen Farben anstreicht. Demgegenüber muß den Technikern wie dem ganzen Volk der Satz eingeschämmert werden:

Monumentale Materialien anstreichen, ist falsch!

ein Dichterbuch, noch ein Gastenbauer. Dieser Grund liegt, abgesehen von der kurzlebigen „Sensation“ seines Lebenslaufes: der Entdeckung des Waldbauernbuden und Naturdichters, in Koseggers Persönlichkeit. Die voll Güte und Weisheit, Weltmüdigkeit und Weltstrotzheit gewesen sei. In seinen Schriften wandert Kosegger immer wieder von dem Waldland zurück in's Waldland, von den Außenbüdingen zu sich selbst, beladen mit Beobachtungen und Erfahrungen, aber unbeirrt in seinem Wesen. In jedem Duche Koseggers lebt seine Persönlichkeit. Also überlebt ihn viel von seinem Leben. Aber viel auch des Schönen, das nie wiederlehren wird, wurde am 18. Juni 1918 auf den Schultern teurer Bauern zu Grabe getragen. Im Bergfriedhof zu Kirngald, am Fuße der Waldheimat.

Peter Kosegger

Der Steiermark-Sohn, Deutschlands Dichter
 (geboren am 31. Juli 1848)

Kosegger war eines Bauern Sohn: eines armen, stillen, frommen Bauern, der nicht lesen und schreiben konnte, dessen einsichtiger Hof hoch im steirischen Gebirge stand. Einem Kohlenbrenners Nachkomme war der Dichters Mutter. Sie hat ihm wieder gesungen, Richard erzählt. Härter als in den Hütten des Tirolandes ringt deutsche Bauernkraft dem felsigen Boden, den wilden Elementen auf den Höhen die dürftige Broternteil ab. Peter leitete die Lauge Scholle. Die weltabgeschlossene Heimatliche wird in der Fremde zu Heimweh. Wie aus der Rot, die die Alpenhäuser zur Landstadt bringt, die größere Rot der Seelen entsteht und die Räuber und Frauen der Auswanderer zu Grunde gehen, das hat Kosegger in „Nasob der Liebe“ beschrieben. Aus der Enge und Stille seines Alpen, der Gemeinde weitestretender Bauerngassen auf der Höhe der Föhnwälder Alpen, trat vor annähernd 60 Jahren der schon überjährige Bauernjunge und Schmiedegeselle in die Welt, die er erodern sollte. Seine Werke drängen über die Marken der Heimat, über das Reich der deutschen Sprache hinaus. Welche er die trauende Heimat? Er trug sie mit sich, er führte die Reichen der Täler und der Städte, die von Genoss und Genoss ermahnen und überfälligen, zurück zur Quelle, zum Frieden, zu ihrer aller Heimat.

Das Bauernblut, das gähe, deutsche, war das Erbteil des schmächtigen und kräftigen Mannes, dessen keine Glieder die ungeschickte Kunst alter Kultur zu verraten schienen, dessen Klasse einer der Gedankengemeinschaft hatte. In diesem Bauernblut verlebte das Heimatweh nach den beglückten Söhnen, nach der väterlichen Einsicht und glühendem Parobies. So ganz und liebevoll des Mannes Wesen, sein Herzschlag war voll Kraft — eines unermüden Arbeiters und Kämpfers Herzschlag! Gleichmütig alle Arten verbanden diesen Söemann das geistliche Aders mit den Sitten der Scholle. Sie folgen nach in seinem hohen Alter die ewige Jugend ein, die in jedem Frühling das Korn sprechen, die Bäume grün und blähen macht. Der „Waldbühnenmeister“ und die unverständlichen, von Poese und Humor durchsonnten kleinen Erzählungen der „Waldbühnen“ Koseggers „Dichtung und Wahrheit“ aus der Kindheit und Lehrentugend — dann auch „Schreibers Gabriel“, „Nasob der Liebe“, „Der Gottsdierer“, das „Buch der Welcher“, das „Wolfschen in Steiermark“ und alle die unerschöpflichen Werke, deren bei Staatsmann erschienen gesammelte Auswahl, nicht einbezogen die Wandart-Dichtungen, die sich Wände füllen — sind und bleiben das Lebens voll. In Koseggers Schriften

sind die Alpen ausgebreitet in Licht und Dunkel, in ihren erhabenen Schönheiten, in ihrer dem Gotte nahen Einsamkeiten. Und in diese von weihen Stinen umgenetzte Schöpfung, unter die unendliche Weite des Himmels ist der Mensch gestellt, um dessen willen und alles Leben lebt. Der Mensch in tausendfacher Mannigfaltigkeit, in nie wiederholten, immer scharf geprägten Phasen der Einigkeit, Reichen und Menschenwürde, in der Zahl Schüler unerschöpflich war das von der Außen- und Innenwelt genährte Gedächtnis des Wäldners. Glaube nicht, die Menschenkenntnis Koseggers seien von geringerem Wert für das Studium der Gattung, weil man sie zumerst unvollständig und nur in Ausnahmefällen Probleme nennen kann. Nicht bloß in dem Buch „Sonderlinge“, fast in allen seinen Erzählungen findet einer, der hinter den einfacheren Formen die Weisheit der inneren Zustände und Anlagen zu erkennen versteht, das ganze Hexenmagisches der Menschheit: die Triebe und Verwirrungen, die göttlichen und irdischen Dämonen. Nur daß die primitiven Kosegger'schen Menschen ihren Halbilden so vollkommen gleichen, wie durchaus immer die physischen Gebilde menschlicher Erblüter. Genügt die Reibtheit der Einsichten nicht, den Geist der Vermutungen zu beschlüssen? O, Verknüpfung! Geist und Herz empfangen Sohn, wenn sie zu dieses Dichters Weisheit drängen! Des Dichters, der sorglos sabelte, spielend formte und die Erschmerungen in sein harmonisches Weltbild stellte.

Ja, der Waldpost der Steiermark ist Waldlichter. Die Deutschen wissen es kaum. Nachweisen ließe es sich. Und den Ueberlegungen seiner Bücher in die Sprache vieler Nationen, aus den Hochschulberichten überfischer Staaten, aus den gelehrten Literaturen der Franzosen, Engländer und Amerikaner, die sich mit Kosegger beschäftigten. Und die Püße der Waldlichter, die aus weiter Ferne nach der steirischen Waldheimat pilgerten! „Seine Bände, o Kosegger“ — so schrieben ihm Auswanderer aus Honolulu — „Waldbühnenmeister! Er, der immer im Gemüt erkaupte, wern ihn eine Reife über die steirischen Grenze führte! Er, der selbst sein Gebiet „eine große kleine Welt“ genannt hat ... Wir überhätten die Genuß der Fremden nicht, die Ehren auf einen der Inneren hätten. Aber Köpfbilder setzen in Koseggers Haltung die Wahrheit bestätigt: Von der Heimat geht der Weg zur Nation, von der Nation zur Menschheit. Auf diesem Wege werden sich einmal die Völker finden ...

Einer von Koseggers Biographen, Ernst Decker, wirt die Frage auf, wober Koseggers außerordentliche Vollständigkeit komme, die die einfachen und die hochgebildeten Reichen vereinigt hat, sei sein Kuhn austrafte, nun schon das dritte Geschlecht der Welt und zu viele Wandlungen des literarischen Geschmades überdauert! Ohne Grund werde nichts populär, wobei

ein Dichterbuch, noch ein Gastenbauer. Dieser Grund liegt, abgesehen von der kurzlebigen „Sensation“ seines Lebenslaufes: der Entdeckung des Waldbauernbuden und Naturdichters, in Koseggers Persönlichkeit. Die voll Güte und Weisheit, Weltmüdigkeit und Weltstrotzheit gewesen sei. In seinen Schriften wandert Kosegger immer wieder von dem Waldland zurück in's Waldland, von den Außenbüdingen zu sich selbst, beladen mit Beobachtungen und Erfahrungen, aber unbeirrt in seinem Wesen. In jedem Duche Koseggers lebt seine Persönlichkeit. Also überlebt ihn viel von seinem Leben. Aber viel auch des Schönen, das nie wiederlehren wird, wurde am 18. Juni 1918 auf den Schultern teurer Bauern zu Grabe getragen. Im Bergfriedhof zu Kirngald, am Fuße der Waldheimat.

Der, gleich mir, dem keuzen Konze seit Kindheit eng verbunden gewesen, birgt einen Schatz. Einer von den nächsten Freunden, der Dichter Emil Ertl, hat den ererbten Kosegger, das Kunstwerk der Natur, aus dem Herzen gebildet mit sein formenten Händen gestaltet — in einem der Jahresfrist erschienenen und hiermit der grohen Gemeinde warm an's Herz gelegten Buch: „Peter Kosegger, wie ich ihn kannte und liebte.“ (Stadmann, Leipzig).

„Mein Ziel ist der Friede des Herzens.“ Das war Koseggers bescheldener Leitpruch. Doch kämpfen muß, wer den Frieden ersehnt. Dieser ist ein Kampf gewesen: ein Kämpfer. Fast bis zum letzten Atemzuge beschäftigten ihn, den lange Frieden, die Fragen der Menschheit, die Sorgen der Zeit und Wirklichkeit. In den letzten zwölf Jahren hat er die äußeren Begebenisse und inneren Erlebnisgeschichte für Schritt in „Reimgärtner Tagesbuch“ bestrahlt. In diesen Bänden ist unsere Gegenwart den kommenden Geschlechtern aufbewahrt. Die Welt gesehen durch das Herz Koseggers! Eine Gegenwart, von einem Erwigem mit der Wirklichkeit verbunden. Hier spricht der Berater, der freundliche Weise vom Berge. Spricht der, über dem sich in der Jugend das grenzenlose Firmament der Verneinung wühlte und der den Weg weiß — aus Verweirnenheit des Geistes. Denbar dem Wissen und dem Geiste, abwehrend gelehten und gesellschaftlichen Dünkel, Heberflut, Goldalter, Machäne und alles Niedrige und Unwahrscheinliche, ging der Waldschulmeister durch die Wüste der Zeit.

Herrn Kienzl

Theater und Musik

© Konzert des erblinden Pianisten Hans Dietrich. Jeder muß zunächst zu sich selbst kommen. Vier junge Künstlerinnen, Rheinländer aus Düsseldorf, sind nun mitten auf dem Wege. Von Hans Dietrich kann man sagen, daß sein Klavierpiel noch der Wirtelweise angehört. Er weiß, warum er aus Beethoven's Kontrast-Sonate in Cis-Moll den Schlußsatz ausläßt, warum er aus der „Pothelischen“

gebietet führen meistens einen guten Tropfen, der billiger als Bier...

: Sprayer, 31. Juli. Der 200 Gefangene umfassenbe Sprayer...

: Sarnstall, 31. Juli. Beim Abfaden eines großen Weins...

: Annweiler, 31. Juli. Der Händler Jakob Dirks von hier...

: Wollstein, 31. Juli. Rede besuchen in aller Früh täglich...

: Landstuhl, 31. Juli. Angehörig im Auftrage des hiesigen...

: Wernersberg, 31. Juli. Unser Ort war dieser Tage der...

: Landstuhl, 31. Juli. Angehörig im Auftrage des hiesigen...

: Schwarzenbach, 31. Juli. Auf dem Wege von Homburg...

: Viernheim, 31. Juli. Einen Selbstmordversuch durch...

: Kallert, 31. Juli. Vermittelt durch Selbstentzündung...

Nachbargelände

* Dieburg, 28. Juli. Der hiesige Männergesangsverein, der 335...

Aus dem Rechtsleben

U. S. A.-Dollar oder Mark?

Für die Frage, wann eine in ausländischer Währung ausgedr...

Auf die Revision der Beschlüsse ist dieses Urteil des Oberlandes...

Berichtszeitung

Landgericht Mannheim

* Mannheim, 30. Juli. (Sitzung des Landgerichts, S. 1.) Bericht...

von 300 R. zur Ausbesserung. Statt dies zu tun, verkaufte er...

Die 25jährige Verkäuferin Marie K. aus Neunkirchen ist wegen...

Der 35jährige verheiratete Händler und Packer Ernst B. aus...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Der 40jährige Schneider Wilhelm Kühnle aus Gemmingen hat...

Beim Gewehrreihen erschaffen. Der monatliche Post...

Nach neun Jahren aus Russland zurückgekehrt ist der...

Nach 32 Jahren den Mörder entdeckt. Im Wattenfeld wurde...

Eine Kräfte-Teasabbe. Wie die Braunschweiger Neuesten...

Gefährlicher Stenpenbrand in der Ukraine. Ein infolge...

Das Abenteuer des Professors. Aus Palermo wird eine...

Ein Ehepaar als blinde Mörder. Die Öffentlichkeit in...

Der Mörder als Filmstar. Ein neuer Stern am Himmel...

Ein Mord mit 30 Personen unter einem Hut. Nach einer...

Neue flammende Kollinane. Ein neues Paar flammender...

Nach Indien schickte seine Mitarbeiter. In Ägypten hat...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Table with 2 columns: Station, and 12 columns for days of the month (1-12).

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels

Die Lehre der neuen deutschen Länderstatistik

Von Dr. H. Westenberger-Berlin

Zum ersten Mal nach dem Kriege hat das statistische Amt eine Statistik über die Verteilung der Ein- und Ausfuhr Deutschlands auf die einzelnen Länder veröffentlicht. Diese Zahlen, die für das erste Vierteljahr 1924 gelten, sind, wie die gesamte gegenwärtige Statistik, nicht erschöpfend, da die Hürdbeseitzung eine vollständige Erfassung des Warenverkehrs unmöglich macht. Trotzdem kann man aus diesen Zahlen wertvolle Schlüsse für die kommende deutsche Handelspolitik ziehen. Die wichtigste Frage der deutschen Handelspolitik ist die Frage, in welcher Weise die Ausfuhr so gesteigert werden kann, daß wir zu einer aktiven Handelsbilanz kommen.

Betrachtet man nun die Ergebnisse des deutschen Außenhandels für das erste Vierteljahr 1924, so findet man die wichtige, aber vielfach von romantischen Exportvorstellungen nicht anerkannte Tatsache bestätigt, daß die europäischen Länder den Löwenanteil bei der deutschen Ausfuhr einnehmen. 72,6 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr wurde von europäischen Staaten aufgenommen. Vor dem Kriege war dieser Anteil der europäischen Länder etwas höher und belief sich auf 76,2 Prozent der Gesamtausfuhr im ersten Vierteljahr 1913. Dem Werte nach bezifferte sich die Ausfuhr nach europäischen Ländern auf 981,6 Millionen Goldmark bei einer Gesamtausfuhr von 1333,8 Millionen Goldmark. Vor dem Kriege, im ersten Vierteljahr 1913 hatte die Ausfuhr nach Europa einen Wert von 1922 Millionen Goldmark bei einer Gesamtausfuhr von 2524,3 Millionen Goldmark. Die europäischen Länder sind also auch heute noch trotz des Versailler Vertrages und trotz der in den meisten europäischen Staaten eingeschlagenen Absperrungspolitik für die deutsche Ausfuhr und die Sanierung der deutschen Handelsbilanz ausschlaggebend. Die Abnehmer deutscher Waren waren in der Reihenfolge ihrer Bedeutung nach: die Niederlande, Großbritannien, die Tschechoslowakei, Oesterreich, die Schweiz, Dänemark, Schweden, Italien, Polen, Rumänien, Belgien, Syrien und Finnland. Die übrigen Länder spielen eine untergeordnete Rolle. Frankreich steht zwar bei der deutschen Einfuhr an dritter Stelle, kommt aber für unsere Ausfuhr kaum in Frage. Belgien ist heute immerhin noch beachtenswert als Käufer deutscher Waren, obwohl seine heutige Stellung mit seiner Vorkriegsstellung garnicht mehr zu vergleichen ist. Von den Niederlanden abgesehen, ist Großbritannien heute Deutschlands bester Absatzmarkt.

Man muß dies immer wieder betonen, da eine landläufige Meinung immer noch der Ansicht ist, daß Deutschlands Export-Heil vor allem in den industriearmen Ländern Europas und in Uebersee zu suchen sei. Gerade das Gegenteil ist richtig. Großbritannien hatte bereits vor dem Kriege den größten Anteil am Export Deutschlands und ist heute auch nur deshalb von den Niederlanden überflügelt und auf die zweite Stelle gedrückt worden, weil die Niederlande viel Waren aus Deutschland beziehen, die weiter nach Großbritannien gehen. Der Anteil der Niederlande am Gesamtexport Deutschlands im ersten Vierteljahr 1924 machte 9,9 Prozent, derjenige Großbritanniens 8,3 Prozent aus. Allerdings ist die Ausfuhr nach Großbritannien unter der Wirkung der Mac-Kenna-Zölle des englischen Industrieschutzgesetzes, des Farneinfuhrverbots und der Recovery act von 359,6 Millionen Goldmark auf 113 Millionen Goldmark gesunken. Da aber diese Gesetze die längste Zeit bestanden haben — die Mac-Kenna-Zölle, das Industrieschutzgesetz und die Recovery act sollen im August dieses Jahres fallen — so sind für die Zukunft die Wege für eine Belebung des deutsch-englischen Warenverkehrs geebnet. Voraussetzung hierfür ist aber der Abschluß eines Meistbegünstigungs- und Tarifvertrags, der hoffentlich nach dem Januar 1925 nicht mehr lange auf sich warten läßt. Man sollte sich aber heute bereits darauf einstellen und alle notwendigen Vorbereitungen treffen, damit der Abschluß dieses Vertrages, der für die deutsche Ausfuhr in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, keine unnötige Verzögerung zu erleiden braucht.

Das gleiche gilt für die andern hochentwickelten Staaten Europas auch. Wie die eben veröffentlichte Länderstatistik zeigt, findet man es immer wieder bestätigt, daß die reichsten

und entwickeltesten Länder, d. h. die, die die kaufkräftigste Bevölkerung haben, zugleich die besten Käufer deutscher Waren sind. Es ist eine trügerische Hoffnung, wenn man in den Kreisen der gegnerischen Unterzeichner des Versailler Diktats, der alliierten und associierten Staaten, annimmt, daß sich die für die Reparationszahlungen unerläßliche Ausfuhrsteigerung Deutschlands ablenken ließe. Großbritannien, Belgien, die Tschechoslowakei, Italien, Polen, dann aber auch die Neutralen, wie die Schweiz, Dänemark und Schweden, bilden Deutschlands Schicksal. Ohne geregelte Handelsbeziehungen mit diesen Ländern, ohne Handelsverträge, die gegenseitig den Warenaustausch begünstigen, ist an eine Sanierung der deutschen Außenhandelsbilanz und an eine Erfüllung des Dawes-Planes nicht zu denken. Ho.

Der deutsche Außenhandel

Verminderung der Ein- und Ausfuhr im Monat Juni

Die Statistik des deutschen Außenhandels für Juni weist eine Einfuhr im Werte von 753,1 Millionen gegen 826,8 Millionen Goldmark im Mai und eine Ausfuhr von 475,2 Millionen gegen 516,2 Millionen im Mai auf. Der Wert der Einfuhr in den Monaten Januar bis Juni betrug 4480,6 Millionen, der Wert der Ausfuhr im gleichen Zeitraum 2827,3 Millionen Goldmark. Die Verminderung der Einfuhr geht hauptsächlich von der Gruppe Rohstoffe und Lebensmittel aus, während die Gruppe Fertigwaren eine steigende Tendenz hat. Die Ausfuhr hat dagegen bei allen maßgebenden Gruppen nachgelassen. Bei dem überragenden Anteil, den die Fertigwaren in der Ausfuhr besitzen, war der Rückgang bei dieser Warengruppe am stärksten. Die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln hat durchweg abgenommen. Schärfster noch als die Einfuhr der Lebensmittel ist die der Rohstoffe gesunken. Hieran sind fast alle Warenarten beteiligt. Textilrohstoffe, auf die fast die Hälfte der gesamten Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren entfällt, haben sämtlich eine Verminderung der Einfuhr aufzuweisen.

Bei Fertigwaren ist im Gegensatz zu Lebensmitteln und Rohstoffen eine weitere Steigerung in Fortsetzung der schon seit Monaten zu beobachtenden Einfuhrerhöhung erfolgt. Sie beruht vor allem auf der sehr starken Einfuhrvermehrung von Walzwerkzeugnissen und Eisenwaren, bei denen eine Steigerung von 610750 Doppelzentner auf 1095130 Doppelzentner eingetreten ist. Auch bei den übrigen Metallwaren und bei Wasserrfahrzeugen hat die Einfuhr zugenommen. Dagegen hat die Einfuhr von Textilfertigzeugnissen sich im allgemeinen vermindert.

Was die Ausfuhr angeht, so ist eine beträchtliche Steigerung der Ausfuhr von Zucker, dagegen ein Rückgang von Hafer zu verzeichnen. Bei der Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren ist die Fortsetzung der Ausfuhrverminderung von künstlichen Düngemitteln, namentlich von Kalisalzen, zu erwähnen. Auch die Ausfuhr der übrigen chemischen Rohstoffe und Halberzeugnisse hat, nachdem sie im Vormonat erheblich zugenommen hatte, wieder eine Abnahme erfahren. Die Fertigwaren weisen fast durchweg eine Ausfuhrverminderung auf. Bei Textilwaren ist der Rückgang recht erheblich, ebenso bei chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, wie bei Ton, Porzellanwaren, Glas und Glaswaren. Auch die Ausfuhr von Walzwerkzeugnissen und Eisenwaren und von Maschinen ist geringer gewesen als im Vormonat. Walzwerkzeugnisse und Eisenwaren zeigen eine Ausfuhr von 844090 Doppelzentner gegenüber 864180 Doppelzentner im Vormonat und 1930970 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt des Jahres 1922. Maschinen eine Ausfuhr von 208740 Doppelzentnern gegenüber 217290 Doppelzentner im Vormonat und 308950 Doppelzentner im Monatsdurchschnitt des Jahres 1922. Bei diesen Zahlen muß jedoch daran erinnert werden, daß der Außenhandel des besetzten Gebietes nur unvollkommen erfaßt wird. Es hat eine sehr starke Einfuhr von Gold und Silber und zwar vornehmlich von Silber für Rechnung der Reichsbank stattgefunden, während zugleich die Ausfuhr von Gold und Silber sich vermindert hat.

Bei der schwierigen Lage, in der sich augenblicklich Industrie und Handel befinden, fallen diese Gebühren außerordentlich schwer ins Gewicht. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat deswegen in einer gemeinsamen Eingabe an das Reichsjustizministerium mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie und den Spitzenverbänden des Großhandels, des Einzelhandels und des Bankgewerbes für die Regelung der Umstellungskosten ermäßigende Sätze beantragt. Es besteht also Aussicht, daß Gesellschaften, die Umstellungsbeschlüsse hinausschieben, Kosten ersparen können.

Vom Markt für Kallwerte

Ein frischer Zug belebte die Börsen in der verflorbenen Woche. Es schien, als ob die Spekulation, des laugen Wartens müde, mit Rücksicht auf das niedrige Kursniveau und in der Hoffnung auf ein einigermaßen erträgliches Ergebnis der Londoner Verhandlungen einen kräftigen Vorstoß wagte und sich hierbei der Hoffnung hingab, daß das Publikum aus gleichen Ursachen Gefolgschaft leisten würde. Der Markt für Kallwerte zog aus der besseren Allgemeinlage Nutzen, wiewohl rein sachliche Gründe für die eingetretene Höherbewertung der Kurse kaum vorlagen. Es will aber schon etwas bedeuten, wenn auch der Kallindustrie durch die relativ leichtere Gestaltung des Geldmarktes Gelegenheit geboten wird, von weiteren Betriebsstellungen zunächst Abstand zu nehmen. Größere Konzerne können sich eventl. wieder den Luxus leisten, weiter auf Lager zu arbeiten, in der Erwägung, daß die Herbstkampagne vor der Tür steht und der Landwirt, dank der ihm zur Verfügung stehenden staatlichen Kredite, in die Lage versetzt wird, seinen Bedarf an Düngersalzen einzudecken bzw. schon jetzt zu bestellen, um der sogenannten Sommerabatte teilhaftig zu werden. Namentlich gegen Schluß der Woche mehrten sich die Käufer für Kallwerte und das Hauptinteresse vereinigte sich auf Kuxe, die bekanntlich zumeist Goldcharakter tragen.

Gehandelt wurden: Alexandershall, Asse, Bergmannsagen, Burbach, Desdemona, Friedrichroda, Glückauf, Heiligenroda, Hans-Silberberg, Hindenburg, Hohenfels, Hugo, Kaiseroda, Königshall, Sachsen-Weimar, Siegfried-Gießen, Volkenroda, Wilhelmshall und Wintershall, bei welchem Anlaß sich schnell herausstellte, daß die vorhandenen gewordenen Angebote zurückgezogen wurden. Das Material war daher sehr knapp, so daß die schweren Kuxe durchschnittlich je 1000 „K gewannen und bei den kleinen Kuxen die Mindesterhöhung 300 „K betrug.

Für Kallaktien erwachte erst ganz zum Schluß größere Interesse und auch hier zeigte sich die gleiche Erscheinung, daß namentlich in den unnotierten Werten sehr wenig Ware

angeboten war. Besonderer Nachfrage erfreuten sich Adler, Hildburg, Kallindustrie, Niedersachsen und Ronnenberg. deren Kursbesserungen zwischen 25 und 50 Prozent des letzten Wertes ausmachten. Ferner bestand Interesse für Beatha, Friedrichshall, Hallesche Kall, Hannoversche Kall, Krügershall und Mansfelder.

Deutsche Gußstahlabkugel- und Maschinenfabrik A.-G. in Schweinfurt

Nach dem Geschäftsbericht hat die Gesellschaft die Inflationswirtschaft mit ihrer verhängnisvollen Zeit noch verhältnismäßig günstig überstanden. Außerordentlich drückend empfand das Unternehmen aber die Steuerlasten, die zum Ruin der gesamten Industrie führen müssen, wenn hier nicht eine gründliche Aenderung des Steuersystems baldig Platz greift. Nicht minder beeinflusst der als Folge der Inflation zu bezeichnende Mangel an Mitteln eine großzügige weitere Entfaltung der Produktionskraft der Werke, doch hat die Gesellschaft den Ausbau und die Modernisierung der Anlagen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter fortgesetzt. Eine Gewinnverteilung ist nicht vorgesehen. In das neue Geschäftsjahr trat die Gesellschaft mit einem schönen Auftragsbestand ein. Sie ist auch zurzeit noch gut beschäftigt. Trotzdem lassen sich die Aussichten für die Zukunft angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und schwankenden politischen Verhältnisse in keiner Weise zuverlässig beurteilen. Der buchmäßige Ueberschuß von 483 928 Bl.M. wird vorgetragen.

In der G.-V. wurden die Regularien gegen drei Stimmen der Opposition genehmigt. Der G.-V. lag außerdem noch die Goldmarkeröffnungsbilanz vor. Die bisherigen 73 000 Stück alten Stammaktien, von denen fast 10 000 Verwertungsaktien noch nicht begeben worden sind, werden auf 219 000 Stück à 20 Goldmark umgestellt, so daß auf nom. 9 000 Papiermark 50 Goldmark entfallen. Die in Höhe von 98 Millionen „ enthaltenen 25 000 Stück Schutzaktien werden mit einer Zuzahlung von 97 „ auf die Aktie auf 5000 Goldmark umgestellt. Die 2000 Vorzugsaktien erhalten einen Goldwert von 55 „ pro Aktie und werden demnach mit 110 000 „ eingezahlt, so daß das Gesamtkapital sich auf 4 495 000 „ beläuft. Dabei entfallen auf jede Stammaktie à 20 „ eine Stimme, auf jede Schutzaktie 5 Stimmen und jede Vorzugsaktie 19 Stimmen. Gegen diese Beschlüsse wurde ebenfalls Protest erhoben. In der Eröffnungsbilanz erschienen die Immobilien mit 3 01 Millionen, Kasse mit 19 272 „, Außenstände einschließlich Bankguthaben mit 1 325 330 „, die Vorräte bei vorsichtiger Bewertung mit 2 363 561 „, An Verbindlichkeiten stehen dem gegenüber 684 016 „, in welcher Summe noch Rückstellungen verzeichnet sind.

— Licht- und Kraftversorgung Wiesloch G. m. b. H., Wiesloch. Die Goldmarkeröffnungsbilanz der Gesellschaft kann mit 439 289,19 „ in der Soll- und Habenseite das neue Wirtschaftsjahr einleiten. Der Geschäftsanteil berechnet sich nach Goldmark auf 53 „ pro Mitglied. Die Haftsumme wurde auf 200 „ festgesetzt. Das Unternehmen befindet sich in einer recht günstigen Wirtschaftslage.

— Störlein-Werke A.-G., Rastatt. Die G.-V. genehmigte die vorgelegte Papiermarkbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Reingewinn mit 2079 Bl.M. auf neue Rechnung vorzutragen. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt und alsdann die Umstellung des Aktienkapitals von 20 000 000 Papiermark auf 800 000 Goldmark beschlossen. Infolge Berufung des bisherigen Aufsichtsratsmitglieds Dipl.-Ing. Wilhelm Störlein jr. in den Vorstand, wurde für diesen Professor Nicolai von Gribojedoff, Berlin, in den Aufsichtsrat gewählt. In dem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr betont der Vorstand, daß das Werk zurzeit noch auf weitere Entwicklung unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nichts Bestimmtes voraussagen lasse.

Devisenmarkt

Pfunde gegen Paris 87% und Dollar gegen Paris 19,92 Franken. In Goldpennig ausgedrückt notierten: der französische Franken mit 21,10 Pfg., der Schweizer mit 77,70, der belgische mit 19,70 Pfg., das englische Pfund mit 18,47 „, der holländische Gulden mit 1,6040, die Schwedenskrona mit 1,11 „ und der italienische Lire mit 18,17 Pfg. Pfunde gegen Paris schwanken gestern nachmittags zwischen 87,40 und 87,80 Franken; London lag heute früh eine Kleinigkeit schwächer. Die deutsche Bl.M. kostete in Zürich 129,50 Centimes und in Amsterdam 0,62 1/2 Cents. Für das englische Pfund mußten 18,40 Bl.M. bezahlt werden. Sonst lagen uns heute früh folgende Notierungen vor: Zürich auf Paris 27,22 1/2, London 23,76, Belgien 24,65, Holland 207,25; Paris auf London 87,55, New York 19,92, Belgien 90,50, Mailand 88,00, die Schweiz 370; London auf Paris —, Belgien 96,75, Holland 11,51; Amsterdam auf London 11,51 1/2, Paris 15,30, die Schweiz 48,50, Brüssel 11,82 1/2.

Waren und Märkte

Bremen, 30. Juli. Baumwolle. American Fully middling c. 28 g mm loko per engl. Pfd. 34,66 (34,99) Dollarscents. Magdeburg, 30. Juli. Zucker prompt 24,00, Lieferung innerhalb 4 Wochen 22,75—24,50 G.M.

Berliner Metallbörse vom 30. Juli

Preise in Fortmark für 1 Kg.		Aluminium	
25	50	25	50
Elektrolyt Kupfer	129,50	Aluminium	—
Wasserkupfer	110-112	in Barren	—
Blei	0,90-0,92	Zinn, ungel.	4,90-4,95
Zinn	—	Wittstein	4,90-4,95
Gold (fr. Fr.)	—	Nickel	2,20-2,40
do. (fr. Verk.)	0,98-0,99	Antimon	0,81-0,88
Platin	0,90-0,91	Silber für 1 Gr.	91,90-91,50
Aluminium	2,10-2,30	Platin p. Gr.	—

London, 30. Juli (WB) Metallmarkt. (In Lat. t. d. engl. t. v. 1016 kg.)

29.	30.	29.	30.
Kupferkass	63,25 65,13	bestelect.	68.— 67,75
do. 3 Monat	64,25 64,13	Nickel	130.— 130.—
do. Elektro	69,25 67,75	Zinn Kass	242,75 246,25
		Regulus	50.— 50.—

Schiffahrt

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika Linie
 Nach New York: D. Cleveland am 31. 7.; D. Reliance am 5. 8.; D. Albert Ballin am 14. 8.; D. Westphalia am 16. 8.; D. Resolute am 19. 8.; D. Hansa am 21. 8.; D. Deutschland am 28. 8.; D. Reliance am 2. 9. — Nach Philadelphia-Baltimore: D. Liguria am 15. 8.; D. Emden am 5. 9. — Nach der Westküste Nordamerika: D. Sachsen am 9. 8.; M.S. Isis ca. 30. 8.; D. Mo. Ippellier ca. 13. 9. — Nach Südamerika: D. Baden am 9. 8.; D. Sachsenwald am 9. 8.; D. Wasgenwald am 23. 8.; D. Bayern am 6. 9. — Nach Cuba-Mexiko: D. Holsatia am 12. 8.; D. Westerwald am 26. 8.; D. Toledo am 12. 9.; D. Adalia am 27. 9. — Nach Westindien: D. Sesostris am 2. 8.; D. Teutonia am 16. 8.; D. Naimos am 30. 8. — Nach Ostasien: engl. D. Tydens am 2. 8.; M.S. Haveland am 9. 8.; engl. D. Kosmos am 16. 8.; D. Elberfeld am 23. 8.; Levante-Dienst: D. Alesia ca. 31. 7.; D. Rhoen ca. 2. 8.; D. Smyrna ca. 12. 8. — Nach Riga u. Petrograd wöchentlich.

Geschäftsaufsichten und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim

Die Handelskammer Mannheim teilt uns in Ergänzung der früher veröffentlichten Listen der im hiesigen Bezirk unter Geschäftsaufsicht gestellten bzw. in Konkurs gerathenen Firmen folgendes mit:

- a) angeordnete Geschäftsaufsichten:
- 13. J. Bernhard, Herrenkonfektion, Mannheim, K 1, 5 b (inzwischen Konkurs a. unten).
 - 20. Theodor Ross u. Co. G. m. b. H. „Terostinwerk“ in Mannheim (inzwischen wieder aufgehoben).
 - 21. L. Weil u. Reinhardt A.-G., Eisengroßhandlung, Mannheim, L 15, 1 (durch amtsgerichtlichen Beschluß vom 28. Juli 1924).
- b) aufgehobene Geschäftsaufsichten:
- 9. Heinrich Stahl u. Co. G. m. b. H. in Mannheim (da kein geeigneter Vergleichsvorschlag eingereicht wurde).
 - 20. Theodor Ross u. Co. G. m. b. H. „Terostinwerk“ in Mannheim (da begründete Aussicht nicht besteht, daß der Konkurs durch ein Uebereinkommen mit den Gläubigern abgewendet wird).
- Zwei weitere Geschäftsaufsichten sind beantragt, über die noch nicht entschieden ist.
- c) Konkurse:
- Ueber das Vermögen folgender Firmen, die unter Geschäftsaufsicht standen, ist das Konkursverfahren eröffnet worden:
- 7. Johann Schenk, Schuhwaren, Mannheim, Gontardstr. 24 und Enbigheim.
 - 19. J. Bernhard, Herrenkonfektion, Mannheim, K 1, 5 b.
- d) abgelehnter Konkurs:
- „Tagma“ Tabakwarenvertriebsgesellschaft m. b. H. in Mannheim (da eine die Kosten deckende Masse nicht vorhanden).

Umstellungskosten bei der Durchführung der Goldbilanz-Verordnung

Die Verordnung über die Goldmarkbilanzen zwingt die Handelsgesellschaften zur Umstellung ihres Stammkapitals. Die Umstellung kann in allen Fällen nur durch Aenderung des Gesellschaftsvertrages und Eintragung in das Handelsregister vorgenommen werden. Hierbei zeigt es sich, wie die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, daß die Notariats- und Gerichtskosten für die Bruchung von Beschlüssen der Generalversammlung und die Eintragung solcher Beschlüsse in das Handelsregister außerordentlich hoch sind, weil der Kostenrechnung als Wert der Betrag des in Goldmark umgestellten Eigenkapitals zu Grunde gelegt wird.

Danksagung.

Für die lieben Beweise treuen Mitgefühls beim Hinscheiden unserer geliebten Mutter danken wir herzlich.

MANNHEIM—FEUDENHEIM.

Ph. Krauss, Hauptlehrer a. D. Elsa Flohr geb. Krauss Professor Edmund Krauss u. Frau Friedel geb. Schäfer.

Neues Theater - Rosengarten Mannheim Heute abend zum 1. Male Robert Stola komische moderne Tanzoperette: 'Der Tanz ins Glück' Anfang 8 Uhr.

Turnverein Mannheim Gedächtnisfeier Sonntag, den 3. August 1924, vormittags 11 Uhr im großen Saal unserer Turnhalle

Einreise-Pässe für franz. bes. Gebiet einschl. Pfalz besorgt schnellstens 2528

Rheinische Pass-Vermittlung v. Werthstrasse 9, Coblenz. 33369

Bibelheim Thomashof bei Durlach bietet Erholungsbedürftigen geistliche und leibliche Pflege und Erholung. Täglich Schriftbetrachtung. Das Heim ist von ländlicher Stille umgeben und liegt am Rande eines großen Buchenhochwaldes. Höhenlage mit schöner Aussicht. Reichliche Verpflegung. Anfragen erbeten an Bibelheim Thomashof Post- und Bahnhofstation Durlach.

Achtung! Damenstrümpfe... Sophie Kluger D 3, 4.

Vermischtes.

Wer?

will, der kennt gut u. billig sein. Anzug, Hose, Windjacke imprägn., Regenmantel, Lein-, Lüst-Joppe im Kaufhaus für Herren Bekleidung (Jak. Ringel) 03.4a, Elago, neb d. Mohren-Apothek.

Madrid

Reizt nach Aufträge jeder Art gen. Waren, an ba ich Kaufung Eng. nach Spanien reise. Gütebedote n. P. F. 72 an die Geschäftsstelle. *4787

Anschluß

an ebensolche od. nette Familie. Gefl. Zuschriften n. O. D. 95 an die Geschäftsstelle.

Nissen

Royale n. besten Wert vertilgt selbst die 'Vorläufer-Offen' A 11. K 1. — aus der Stuttgarter-Drogerie Th. v. G. H. H. N. 4. 13/14

Familienbilder u. Vereinsgruppen bill.

Berliner Atelier H 1, 1

Privat-Mittagstisch

belle bürgerliche Küche 1. — im Rheinm. G. S. 18. 2. Stod.



Argus A. Maler & Co. O 6, 8, Mannheim Telefon 3308

Verkäufe 1.5 Tonnen Lieferungs-Wagen

W. Weber, Karlsruhe.

Pianos Nähmaschinen

Hand-Nähmaschinen von 20 A an verkauft

Motorrad

Herrenräder ebenfalls sehr billig zu verkaufen.

Schreibmaschine

Zinkbadewanne an verkauft.

Grosser Abschlag!

Kleines Wohnhaus

Herrenrad

Herren- und Damenräder

Neues Damenrad

Engl. Tandem

Personenauto

AUTO

Dipl. - Schreibtisch

Neues Chaiselongue

Kolonialwaren- u. Delikat.-Geschäft

Zwerg-Pinscher

Cutaway

Kauf-Gesuche

Damenfahrrad

Fenster

2-3 Mehlkasten

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Heirat.

Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer u. Wohn-Küchen einer nochmaligen gewaltigen Preisreduktion unter den heutigen Herstellungskosten

Reise und zu anderen Zeiten übernehmen wir das Aufbewahren von Teppichen unter Garantie gegen Motten- und Feuerschaden.

KORBMOBEL CHR-STANGE P.2+ GEGENÜBER SCHMOLLER

„Die Welt wird schöner mit jedem Tack...“

Saison-Ausverkaufspreise... Schuhfabrik Tack & Co AG Burg Mannheim

